

Albrecht von Lucke

Das Comeback der Gerechtigkeit?

Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



Wenn dereinst künftige Generationen über die erste Dekade des 21. Jahrhunderts zu Gericht sitzen sollten, dann dürfte eine Frage im Mittelpunkt ihres Interesses stehen, wie nämlich die Kategorie der Gerechtigkeit intellektuell derart ins Hintertreffen geraten konnte – und noch mehr die der Gleichheit.

Tatsächlich wurden im Zuge der neoliberalen Offensive seit Mitte der 70er Jahre und noch verstärkt seit dem Ende des Systemgegensatzes 1989 Gleichheit und Gerechtigkeit radikal abgewertet. Mehr Freiheit und Selbstverwirklichung lautete angesichts des trostlosen Endes des realexistierenden Sozialismus der Schlachtruf der Stunde. Wer dagegen für mehr Gleichheit plädierte, wurde ziemlich unumwunden semitotalitären Denkens verdächtigt.

Auch die Sozialdemokratie blieb davon nicht unberührt. Unter dem Label »Dritter Weg« und »Neue Mitte« setzte man, ausgehend von New Labour, auf die Freisetzung der privatwirtschaftlichen Kräfte. Das war nicht zuletzt Ausdruck einer strukturellen Schwäche wie einer erstaunlichen Vergesslichkeit der Linken, die sich nicht mehr der klassischen Unterscheidung von Norberto Bobbio bewusst war.

Demnach steht die Rechte historisch primär für (unbegrenzte) Freiheit – auch und nicht zuletzt für die hochgradig egoistische –, die Linke dagegen für Gerechtigkeit und Gleichheit als das notwendige

Korrektiv. Denn, um mit dem bekannten Zitat des französischen Dominikaners Lacordaire, das fälschlicherweise oft Rousseau zugeschrieben wird, zu sprechen: »Zwischen dem Starken und dem Schwachen, zwischen dem Reichen und dem Armen, zwischen dem Herrn und dem Diener ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.« Das Gesetz wirkt deshalb so befreiend, weil es mit Hilfe des Staates auf eine gerechte Ordnung und Gesellschaft zielt. Wahre Freiheit, so die Conclusio, gibt es nur mit Gleichheit und Gerechtigkeit. Oder wie es der einstige Kronjurist der Sozialdemokratie, Adolf Arndt, auf den Punkt brachte: »Geschichtlich ist für uns der allgemeine Gleichheitssatz das fundamentalste Freiheitsrecht«. Denn: »Alle Freiheit fängt mit der vom allgemeinen Gleichheitssatz verbürgten Freiheit an.«

Doch während wir heute in materieller Hinsicht mit der anhaltenden Krise des Finanzmarktkapitalismus eher auf dem Höhepunkt einer entfesselten neoliberalen Freisetzung der Freiheit angekommen sind, inklusive anhaltender Umverteilung von unten nach oben, so ist immerhin ein Prozess des Umdenkens in Gang gesetzt.

Schon vor drei Jahren sorgten die beiden britischen Gesundheitswissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett mit ihrem Buch *Gleichheit ist Glück* für Aufsehen. Darin wiesen sie nach, warum gerechte Gesellschaften für alle Bürger besser sind – in ökonomischer und ökologischer, aber auch in psychologisch-gesundheitlicher Hinsicht. Und nun ist mit *Der Preis der Ungleichheit* die große Abrechnung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz mit dem Neoliberalismus erschienen. Schonungslos analysiert er darin, wie die gewaltige Ungleichheit – durch die Freisetzung ungeheuren spekulativen

Kapitals – zur zentralen Ursache für die aktuelle Finanzkrise werden konnte.

Die Legende von der ausgebeuteten Mitte

Allerdings könnte die Diskrepanz zwischen Denken und Handeln, Bewusstsein und Sein, kaum größer sein: Derweil im internationalen intellektuellen Diskurs längst wieder über notwendige Begrenzung entfesselter Freiheit nachgedacht wird, segelt die nationale Politik, und speziell die schwarz-gelbe Regierung, gerade in der Gerechtigkeitsfrage seit Beginn der Koalition im Blindflug. Und bekommt dabei erstaunliche Unterstützung von angeblich »bürgerlichen« Vordenkern. Anstatt wie Stiglitz die verheerenden Reichtums- und damit Machtanhäufungen am oberen Rand ins Visier zu nehmen, grenzen sie sich massiv nach unten ab. Und zwar mit der neuen, großen Legende von der Selbstausbeutung der Mittelschicht – durch *Die Asozialen*, so der provozierende Titel des neuen Buchs von *stern*-Autor Walter Wüllenweber.

Nach dieser Legende gibt es heute gar keine materielle Armut mehr, denn, so Wüllenwebers steile These: »In Deutschland haben die Armen Geld genug«. Armut ist somit keine soziale Frage und Armutsbekämpfung keine Frage des Geldes. Sondern: Armut ist eine Frage der Kultur und damit selbstverschuldet. Kurzum: Armut ist asozial und geht zu Lasten der Fleißigen. Wie meinte schon Peter Sloterdijk zu wissen: Die Ausbeutung findet heute von unten nach oben statt, nämlich der Produktiven, vulgo: Leistungsträger, durch die nutzlosen Leistungsempfänger. Heute hätten wir es in der Bundesrepublik mit einer Form des »Semisozialismus«, ja mit »Staatskleptokratie« zu tun. Denn angeblich leben diese Armen glänzend von der Versorgungsindustrie, sprich: von sprudelnden Hartz IV-Gaben. *Springer*-Chef Mathias Döpfner bringt diese Einschä-

tzung zynisch auf den Punkt: »Ich begreife den Staat nicht als Getränkeautomaten, von dem sich jeder was abzapfen kann, der gerade Durst hat.«

Wenn es denn so wäre! Das aber ist ein völlig falsches Bild der herrschenden Lage und ihrer wachsenden Armut. Längst gehören Zigtausende zur Unterschicht, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und sich heute, im Alter oder nach dem Verlust der Arbeit, nicht einmal mehr einen Kino- oder Theaterbesuch leisten können. Außerdem gibt es 1,3 Millionen Menschen, die zwar einer Arbeit nachgehen, aber dennoch so arm sind, dass sie als sogenannte »Aufstocker« vom Staat mit Hartz IV unterstützt werden müssen.

Gleichzeitig subventioniert sich die angeblich so ausgebeutete Mittelschicht selbst ihre Theater- und Opernkarten – genauso wie die Autobahnen und Intercitys, deren Benutzung mangels Autos und nötigem Kleingeld sich Hartz IV-Empfänger schon lange nicht mehr leisten können.

Was wir heute erleben, ist die schlechende Rückbildung des Sozialstaats zum Fürsorge- und Almosenstaat. Ohne karitative Einrichtungen, an der Spitze die schon in fast jeder kleineren und größeren Stadt existierenden *Tafeln*, ginge heute fast gar nichts mehr. Armut ist damit längst wieder ein zutiefst soziales Problem. Worum es im Kern geht, ist der Ausschluss von immer mehr Menschen aus dem öffentlichen Leben, von der Teilhabe an Kultur und an der Gesellschaft.

Wüllenweber dagegen behauptet, Armut werde als politischer Kampfbegriff bloß benutzt, etwa von Ulrich Schneider, dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, den Wüllenweber als Cheflobbyisten der Armutsszene diffamiert. Dabei sind es die Wüllenwebers dieses Landes, die den historisch hoch belasteten Begriff der »Asozialität« gegen Arme und sozial Schwache in Stellung bringen. Heute gilt es, dieser Diskriminierung der Armen endlich entgegenzuwir-

ken. Am Anfang müsste Aufklärung stehen – über die neuen Formen tragisch unverschuldeter Armut und über den enormen Verlust an Gleichheit und Gerechtigkeit während der vergangenen 30 Jahre.

Gesellschaft in Auflösung

Wie heißt es noch beim Zyniker Wullenweber: »Die deutsche Gesellschaft befindet sich im Zustand der Auflösung. Am unteren Ende ist eine wachsende Unterschicht dabei, sich aus den bürgerlichen Wertvorstellungen zu verabschieden.« In der Tat muss heute von einer massiven Erosion der Gesellschaft gesprochen werden. Faktisch ist jedoch die gut-bürgerliche Gesellschaft längst selbst dabei, sich aus ihren alten Wertvorstellungen der gesellschaftlichen Solidarität zu befreien. Woran es dagegen stets zu erinnern gilt, ist das aus dem Gleichheitsgrundsatz hervorgehende Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Es verpflichtet die Politik, jedem Bürger eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Dahinter verbirgt sich ein nicht zuletzt von der Sozialdemokratie hart erkämpfter Anspruch, keine bloße Gnade des Staates.

Ebenso wichtig ist Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz. Dort heißt es ausdrücklich: »Eigentum verpflichtet«. Diese Verpflichtung wurde in den neoliberalen Jahrzehnten weitgehend aus den Augen verloren – mit den bei Stiglitz beschriebenen verheerenden Folgen. Das aber führt in den Kern des Konflikts, nämlich die Entkopplung von Kapital und Arbeit, die dramatische Kluft zwischen Entlohnung für erbrachte Leistung und leistungslosem Einkommen durch Kapitalgewinne. Was das genau für eine Gesellschaft bedeutet, darauf weist zu Recht der designierte neue Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, hin. In seiner soeben erschienen Biografie *Mehr Gerechtigkeit wagen* erinnert er an den denkwürdigen Tag, als frenetisch gefeiert wurde, dass die Zahl der deutschen Aktieninhaber

ber die der Gewerkschaftsmitglieder überschritten hatte. Dem zugrunde lag die Ideologie, dass das ganze Land zu einer Gesellschaft der Shareholder werden könne, die mehr von ihren Kapital- als von ihren Arbeitserlösen lebt. Wohin diese Illusion geführt hat, in welcher verheerende Spaltung der Gesellschaft, erleben wir heute.

Umso mehr kommt es heute darauf an, jene wieder zu ihrem Vorteil zu vereinen, die derzeit von »den Märkten« gegeneinander ausgespielt werden: Arbeitslose und Billiglöhner, Hartz IV-Empfänger und Festangestellte. Nur durch neue Bündnisse lassen sich die entstehenden gesellschaftlichen Lager – und die dramatische materielle wie ideologische Spaltung in Mittel- und Unterschicht – überwinden.

Gegen die Absetzung der Mittelschicht von denen »da unten« gilt es die heutige Mitte daran zu erinnern, dass auch sie einmal unten war – bevor sie sich in der alten Bundesrepublik anschickte, die Leiter ihres Aufstiegs zu erklimmen. Leider haben einige die Leiter anschließend umgestoßen, auch um die Folgenden als mögliche Konkurrenten an ihrem Aufstieg zu hindern. Gleichzeitig wurde die Grundlage des eigenen Aufstiegs vergessen: nämlich die gelebte Solidarität für den Einzelnen als auch für die gesamte Klasse. Das war die Basis der sozialdemokratischen Erfolge und daran gilt es anzuknüpfen – gegen das zynisch neoliberale Selbstverwirklichungs-Credo: »Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.«

Joseph Stiglitz: Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. Siedler, München 2012, 512 S., € 24,99.

Walter Wullenweber: Die Asozialen: Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert. DVA, München 2012, 256 S., € 19,99.

Detlef Wetzel: Mehr Gerechtigkeit wagen: Der Weg eines Gewerkschafters. Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, 239 S., € 19,99. ■